

Pulsnitzer Anzeiger

"Dhorner Anzeiger"

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Kpf., bei Lieferung frei Haus 50 Kpf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und E. G. Förster's Erben. Verantwortlich für Druckliches u. Sächsisches, Unterhaltungs- u. Sportteil: Anzeigenteil Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politisches und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz, D. A. II.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolph-Hitler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 66

Mittwoch, den 18. März 1936

88. Jahrgang

Neue Locarnoberatungen

Ueberreichung der englischen Vorschläge

Die Vertreter der Locarnomächte haben ihre Beratungen wieder aufgenommen, nachdem der Völkerbundsrat sich in der Frage der allgemeinen Friedensvorschläge Hitlers für zuständig erklärt hatte. Als Ziel der Tagung der Locarnomächte wird laut Reuter in britischen Kreisen verzeichnet, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, „das Gute zu gewinnen und sich nicht auf die negative Seite zu beschränken“.

An der Sitzung der vier Locarno-Mächte nahmen auf englischer Seite außer Außenminister Eden und Lordiegelbewahrer Halliday auch der Präsident des Geheimen Staatsrats, Ramsay MacDonald, und Schatzkanzler Neville Chamberlain teil. In der Sitzung überreichte Außenminister Eden ein ausführliches Schriftstück mit den englischen Vorschlägen, die sich auf die Anwendung der im Locarnovertrag vorgesehenen Maßnahmen beziehen. Die Franzosen trafen anschließend sogleich zum Studium der englischen Vorschläge zusammen.

Der König von England empfing nacheinander den französischen Außenminister Flandin, den belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland und den polnischen Außenminister Beck.

Lebhafte Aussprache hinter verschlossenen Türen

Ueber den Verlauf der Geheimsetzung des Völkerbundsrates vom Montag berichtet Reuter, daß die Besprechungen außerordentlich lebhaft gewesen seien. An den Erörterungen nahmen alle Mitglieder des Völkerbundsrates teil mit Ausnahme von Grandi. Eden habe die Aussprache beendet, indem er vorschlug, daß der Völkerbundsrat sich bezüglich der zweiten deutschen Bedingung für unzuständig erklären solle. Hingegen empfahl er, falls Deutschland an der Ratssitzung teilnehmen sollte, ihm die gleichen Rechte wie die anderen durch Locarno geschützten Staaten zu gewähren.

Wie Reuter weiter meldet, habe der dänische Außenminister Munch als einziger die Möglichkeit erörtert, daß die Besprechungen des Rates über die Frage der Verletzung hinaus ausgedehnt werden könnten. Er habe den Wunsch geäußert, daß die Tür für eine allgemeine Regelung geöffnet werden und die Aussprache verallgemeinert werden solle. Flandin habe eine leidenschaftliche Rede gehalten, in der er erklärte, daß Frankreich unter einem „Angriff“ leide. Der Vertrag würde es berechtigt haben, Gewalt mit Gewalt zu beantworten. Es hätte sich aber entschlossen, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen und erwarte eine gerechte und angemessene Behandlung.

London: „Leichte, aber merkliche Verbesserung“

Die englischen Blätter stellen allgemein eine leichte Entspannung der Lage fest. Sie sind der Ansicht, daß die Ausichten durch die klarere Auslegung und ruhige Prüfung der deutschen Antwort an den Rat etwas besser seien. „Daily Telegraph“ schreibt, die Vorgänge im Völkerbundsrat würden die Hoffnungen auf eine Regelung erneut beleben. Die Erklärung, daß das Wort „alsbald“ in der deutschen Mitteilung an den Völkerbund nicht die Bedeutung von „sofort“ haben solle, die ihm zugeschrieben worden sei, habe viel zur Entspannung beigetragen. Die „Times“ schreibt, es herrsche eine leichte, aber merkliche Verbesserung in der internationalen Atmosphäre als Ergebnis der Auslegung des Wortes „alsbald“. Auf jeden Fall scheine es, daß die deutsche Antwort dazu beigetragen hat, eines der Hindernisse in den Augen der französischen Staatsmänner für eine unmittelbare Fühlungnahme in London mit einem Vertreter der deutschen Regierung zu beseitigen.

Paris: „Ein schwerer Tag“

Die Pariser Presse ist mit dem Auftreten des Außenministers Flandin in London im großen ganzen einverstanden. Zum erstenmal kommt jedoch in französischen Zeitungen eine gewisse Völkerbunds-Müdigkeit zum Ausdruck. Der Außenminister des „Petit Parisien“ ist der Meinung, es habe etwas sehr Verlegendes an sich, daß der Völkerbundsrat zulasse, daß Deutschland, wenn es nach London gehe, nicht als Angeklagter, sondern einfach als Mitunterzeichner des Locarnovertrages erscheinen werde. Vom rein rechtlichen

Standpunkt aus habe man aber kaum mehr erreichen können. Das „Journal“ spricht von einem schweren Tag. Das Blatt greift dann den dänischen Außenminister Munch und den Vertreter anderer kleiner Staaten an, weil sie für Veröhnung eintraten, und nennt sie „Francitireurs“, denn der Gedanke, Deutschland um jeden Preis heranzuziehen, gehe ja im wesentlichen von England aus.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ spricht von einem lediglich defensiven französischen Erfolg. Das Blatt tritt dann für einen französischen Plan ein, der eine Regelung des Sicherheitsproblems zwischen Frankreich, England und Belgien mit Durchführungsabkommen vorsehe. Erst wenn diese Vorbedingungen gegeben seien, würden die Verhandlungen mit Deutschland beginnen können.

Deutsch-französische Aussöhnung erforderlich

Der französische rechtsnationale Kammerabgeordnete Philipp Henriot erklärte in einer Unterredung mit einem Schweizer Pressevertreter, daß gerade das Versagen des Völkerbundes auf alle Fälle eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich erforderlich mache. Wenn dieser Schritt durch die deutsche Aufrüstung schon nicht erleichtert würde, so könne er, Henriot, doch die Haltung der französischen Regierung in dieser schwierigen Stunde nicht billigen. Man habe das Vorgehen Hitlers lange schon erwarten müssen. Ueberraschung sei daher nicht am Platze. Der Führer sei gegen die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Vertrages, da er als Folge die Errichtung einer bolschewistischen Zweigstelle in Paris befürchte, eine Sorge, mit der er nicht allein stehe.

Ribbentrop fährt nach London

Vertreter Deutschlands im Völkerbundsrat

Der Reichsminister des Auswärtigen hat an den Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, in London folgendes Telegramm geschickt:

„Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Telegramms vom 16. März und beehre mich mitzuteilen, daß Botschafter von Ribbentrop die deutsche Regierung im Völkerbundsrat bei der Prüfung der von der belgischen und französischen Regierung aufgeworfenen Frage vertreten wird. Er wird von Donnerstagvormittag an in London zur Verfügung stehen.“

Der Reichsminister des Auswärtigen
gez. Freiherr von Neurath.

Englands Antwort

Der englische Außenminister Eden übergab am Dienstagmorgen dem deutschen Botschafter in London, Herrn von Hoersch, folgende Mitteilung:

Die Regierung Seiner Majestät tut ihr Außerstes und wird dies auch weiterhin tun, um Mittel zu finden zu einer friedlichen und zufriedenstellenden Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Es ist der Regierung Seiner Majestät klar, daß der Vorschlag des deutschen Reichskanzlers wie auch alle von anderen interessierten Parteien gemachten Vorschläge zur geeigneten Zeit besprochen werden müssen. Die deutsche Regierung wird in diesem Hinblick, daß es für die Regierung Seiner Majestät nicht möglich ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt irgendein weitergehendes Versprechen zu geben.

Verdrehungslüste Litwinows

Die öffentliche Ratssitzung

In der öffentlichen Ratssitzung am Dienstagmorgen erklärte der türkische Außenminister Rüşdî Uras, der Völkerbundsrat habe auf Grund der Bestimmungen des Locarno-Vertrages die Pflicht, in der aufgeworfenen Frage als Schlichter zu wirken. Der Rat müsse vorher sowohl Frankreich als auch Belgien „volle Genugtuung“ geben. Wenn es jedoch zu irgendeiner Vermittlung komme, dann würde er es vorziehen, daß die Vermittlung durch den Völkerbundsrat und nicht auf irgendeine andere Weise erfolge.

Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow, der, wie nicht anders zu erwarten, wieder in der Rolle eines internationalen Moralrichters auftrat, sprach von der „Entrüstung seines Landes“ über den „neuen Vertragsbruch“ Deutschlands und von dem Kampf der Sowjetunion „für den Frieden und die kollektive Sicherheit“. Er suchte die Dinge so darzustellen, als ob nur noch „einschneidende Maßnahmen“ den Völkerbund retten könnten. Im übrigen vertrat er natürlich die Meinung von der angeblichen Vereinbarkeit des Russenpactes mit dem Locarno-Vertrag und

suchte auch die Entmilitarisierungsbestimmungen mit einem Hinweis auf die „politische Ideologie Deutschlands“ (!!) zu rechtfertigen. Dann ging Litwinow zu offener Bolkerverhetzung über. Deutschland, so unterstellte er, brauche die Wiedermilitarisierung des Rheinlandes, um die französische Militärmacht zu zerschmettern (!). Deutschland selbst lichte er als völlig ungefährdet hinzustellen. Diese Erklärung verband er mit dem Versuch, die deutschen Friedensvorschläge zu verdächtigen. Den Gipfel der Verdrehung leistete sich Litwinow mit der Behauptung, daß „statt dessen unzulässigerweise zum Beispiel auf Länder hingewiesen werde, die anderen Völkern gewalttätig entrisen und von Deutschen kolonisiert werden müßten“ (!!).

Der Vertreter Chile's führte aus: Deutschland mache geltend, daß Frankreich den Vertrag durch Abschluß des Paktes mit Sowjetrußland verletzt habe. Unter diesen Umständen sei eine Prüfung Voraussetzung jeder Feststellung, und es wäre angebracht, ein Gutachten des Haager Gerichtshofes einzuholen. Schließe sich der Völkerbundsrat diesem Vorschlag nicht an, so werde er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Die Aussprache wurde auf Mittwoch nachmittag vertagt.

Die Jugend, die wir erziehen

Die Jugend in Stolz und Aufrichtigkeit, in Mannes-tum und Disziplin zu erziehen, ist eine der vornehmsten Aufgaben des jungen Deutschland, das in der Regierung Adolf Hitlers seinen politisch machtvollen Ausdruck gefunden hat.
Dr. Goebbels 1933.

Politische Rundschau

Keine Beteiligung an Mietschlichtungsstellen.

Im Hinblick auf die vorgelegene Regelung, namentlich auch auf die enge Zusammenarbeit zwischen den ordentlichen Gerichten und den Dienststellen der NSB. in Mietangelegenheiten ist für die ohnehin unerwünschte Tätigkeit außergerichtlicher Mietschiedsgerichte und Mietschlichtungsstellen kein Bedürfnis mehr. Der Stellvertreter des Führers hat deshalb den Parteidienststellen die Beteiligung an Mietschlichtungsstellen, Mietschiedsgerichten und an Güterverfahren in Mietangelegenheiten untersagt. In einem Rundschreiben weist daher der Reichs- und preußische Minister des Innern die Gemeinden und Gemeindeverbände an, die Schlichtung von Mietstreitigkeiten nicht mehr als angebliche Gemeindefunktion aufzugreifen, die etwa eingerichteten Ausgleichs- oder Schiedsstellen für Mietsachen aufzulösen und sich aus etwa vorhandenen anderen Stellen dieser Art zurückzuziehen.

